

strebungen erforderlich sind. In seinem Praxisbericht stellt der Referent zunächst sowohl die erfolgreichen Ansätze als auch die Stolpersteine im Konsolidierungsprozess der Stadt Bargteheide vor und berichtet, wie und unter welchen Rahmenbedingungen es letztlich gelungen ist, die Stadt Bargteheide in die Schuldenfreiheit zu führen. Im zweiten Teil seines Vortrages stellt er dar, welche neuen und teilweise unerwarteten Schwierigkeiten danach aufgetreten sind und warum es nach einem solch erfolgreichen Prozess weiterhin besonderer Anstrengungen bedurfte, um nicht nach relativ kurzer Zeit erneut in die Schuldenfalle zu geraten.

Mechthild A. Stock
Kommunale Pensionsverpflichtungen im Lichte der Doppik

Die Bildung und Ausweisung von Pensionsrückstellungen ist integraler Bestandteil der kommunalen Bilanz und gewinnt mit der Doppik ein erhebliches Maß an Bedeutung. Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen hat sich allerdings als besonders problematisch erwiesen, da diese nämlich von Jahr zu Jahr erheblich anwachsen und die kommunalen Haushalte belasten. Auch die öffentlichen Teilnehmungsunternehmen leiden zunehmend unter dieser Problematik. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung können sich steigende Pensionsverpflichtungen künftig zu einer ernsthaften Bedrohung für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand entwickeln. In ihrem Vortrag zeigt die Referentin einerseits auf, wie Pensionslasten im doppischen Haushalt und in der kommunalen Bilanz sachgerecht abgebildet werden. Andererseits beleuchtet sie, wie man der Problematik der konkreten Gegenfinanzierung begegnen kann und welche Lösungsansätze zur Rückdeckung zur Verfügung stehen. Abschließend behandelt sie die brennende Frage, wie sich die aktuelle Niedrigzinsphase auf die Beamtenversorgung und die Betriebliche Altersversorgung auswirkt und wie man dem Problem begegnen kann.

Torsten Arends
Praxisprobleme bei der Aufstellung der doppischen Jahresabschlüsse

Die Einführung der Doppik hat die Kommunen in den vergangenen Jahren vor erhebliche Herausforderungen gestellt. In vielen Bundesländern wird noch immer an den Eröffnungsbilanzen oder am ersten Jahresabschluss gearbeitet. In der Praxis zeigt es sich, dass eine nicht ausreichend auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Eröffnungsbilanz bei den späteren doppischen Jahresabschlüssen zu erheblichen Problemen führen kann. In annähernd allen Bundesländern ist es den Kommunen flächendeckend nicht möglich, die Jahresabschlüsse im geforderten zeitlichen rechtlichen Rahmen zu erstellen und testen zu lassen. Eine besondere Herausforderung stellt die Auslegung des Investitionsbegriffes in der Doppik dar. Im Vortrag wird dies anhand von aktuellen Beispielen von Kommunen dargestellt. Der Referent präsentiert auf der Grundlage seiner langjährigen Erfahrungen aktuelle Entwicklungen und zeigt Praxisprobleme und Lösungsansätze bei der Aufstellung der doppischen Jahresabschlüsse auf.

Christoph Lehmitz
Der Umgang mit offenen Forderungen im doppischen Haushalts- und Rechnungswesen

Offene Forderungen sind ein wesentlicher Bestandteil der Jahresabschlussarbeiten und zudem Ausgangspunkt für eine effektive Liquiditätssteuerung im neuen Haushalts- und Rechnungswesen. Forderungen und die Höhe des in der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapitals hängen bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz unmittelbar zusammen und beeinflussen den Haushaltsausgleich der nachfolgenden Jahre. Daneben sind jährliche Wertberichtigungen für den gesamten Forderungsbestand zu erfassen. Das Forderungsmanagement dient der aktiven Behandlung von Forderungsrisiken und damit der Sicherung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit der Kommune. In seinem Vortrag zeigt der Referent auf, wie sich Forderungen und die damit verbundenen Risiken auf die Bilanz, die Ergebnis- und Finanzrechnung auswirken.

Schwerpunkte des Vortrags:

- Forderungsbegriff und grundlegende Erfassung in der Bilanz und Auswirkung auf die Ergebnis- und Finanzrechnung
- Forderungsbewertung
- Einzelwertberichtigungen
- Pauschalwertberichtigungen
- Bewertung von Ausfallrisiken und Strukturierung von Forderungen
- Dienstanweisungen zur Bilanzierung von Forderungen
- Ansätze für die Optimierung des kommunalen Forderungsmanagements

Referentinnen und Referenten (in alphabetischer Reihenfolge)

Herr Torsten Arends ist Geschäftsführer der Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft mbH und erstellt mit seinem kommunalen Beratungsteam für die Kommunalverwaltungen extern Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse. Vor seiner Tätigkeit bei der Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft hat er als Diplom-Verwaltungsbetriebswirt bei der Stadt Uelzen im Modellprojekt Doppik die Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse erstellt. Herr Arends ist an vielen Fortbildungsinstituten als Dozent für das Neue Kommunale Rechnungswesen tätig. Er ist Mitautor

des Buches „Doppik - Modernes Finanzmanagement für die öffentliche Verwaltung“.

Herr Guido Bach, Diplom-Volkswirt, ist Senior Director im Bereich International Public Finance bei der Ratingagentur Fitch Deutschland GmbH in Frankfurt und ist dort im Wesentlichen für die deutschen Bundesländer zuständig. Daneben betreut er noch die unterstaatlichen Einheiten in Österreich und der Schweiz und hat bei Fitch eine Studie zur Bonität der Kommunen veröffentlicht. Vor seiner Tätigkeit bei Fitch hat Herr Bach bei verschiedenen (Pfandbrief-)Banken im Risikomanagement im Bereich des Öffentlichen Sektors gearbeitet.

Herr Stefan Becker ist Abteilungsleiter im Bereich „Fördergeschäft und Finanzierung“ beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) in Berlin und hat dort die Kommunalfinanzierung zu seinem Schwerpunktthema gemacht. Vor seiner Tätigkeit beim VÖB wurde er bei der Städtischen Sparkasse Bremerhaven zum Bankkaufmann ausgebildet und hat an der Universität Regensburg mit dem Studium der Betriebswirtschaftslehre und dem juristischen Zusatzstudiengang Unternehmenssanierung den Abschluss Diplom-Kaufmann erworben. Herr Becker war anschließend an der Akademie des Ostdeutschen Sparkassenverbandes als Studienfachleiter und Dozent für kommunales Finanzmanagement sowie in der Ostsee Sparkasse Rostock als Leiter des Kommunalkundengeschäfts tätig. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zur nationalen und internationalen Kommunalfinanzierung. Als Dozent lehrt er an verschiedenen Bildungseinrichtungen und ist an der Aus- und Fortbildung von Sparkassenbetriebswirten, Bank-, Verwaltungs- und Technikfachwirten beteiligt.

Frau Elisabeth Buchberger ist seit nahezu 10 Jahren Mitglied des 9. Senats des Bundesverwaltungsgerichts, der sich unter anderem mit den Fragen des kommunalen Abgaben- und insbesondere auch des Steuerrechts befasst. Als Berichterstatterin bearbeitete sie in dieser Zeit - neben anderen Verfahren aus der umfangreichen Zuständigkeit des 9. Senats - im Schwerpunkt das kommunale Steuerrecht, das neben dem Gewerbe und Grundsteuerrecht vor allem Streitigkeiten um die kommunalen Aufwandsteuer nach Art. 105 Abs. 2a GG umfasst.

Herr Milon Jenßen ist als Managing Director im Bereich Kapitalmärkte & Derivate der IKB Deutsche Industriebank AG tätig und legt einen besonderen Schwerpunkt auf kommunalnahe Kunden. Er ist seit knapp 20 Jahren in der Unternehmensfinanzierung aktiv, immer im Hinblick auf kapitalmarktorientierte Finanzierungslösungen. Zu seinen vorigen Arbeitgebern zählen u.a. die WestLB und die Deutsche Bank. An der Universität Konstanz hat er den Titel eines Diplom-Volkswirtes erworben.

Herr Christoph Lehmitz studierte an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) und der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) im Studiengang Public Management (Öffentliches Dienstleistungsmanagement). Seit dem Abschluss seines Studiums ist er am Institut für Public Management der IPO-IT GmbH mit den Schwerpunkten Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen, Buchhaltung, Jahresabschluss und Konzernabschluss im öffentlichen und dritten Sektor sowie Investitions- und Finanzmanagement tätig.

Herr Prof. Dr. Thomas Lenk ist Lehrstuhlinhaber Finanzwissenschaft und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig. Ferner ist er Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. sowie Prorektor für Entwicklung und Transfer der Universität Leipzig. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der TU Darmstadt und promovierte und habilitierte bei Prof. Dr. Bert Rürup in Darmstadt. Seine Forschungsschwerpunkte umgrenzen Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Kommunalfinanzen sowie Öffentliche Wirtschaft.

Herr Bernd Mende ist geschäftsführender Gesellschafter der Ge-Komm GmbH Gesellschaft für kommunale Infrastruktur, Melle. Zu seinen Kernkompetenzen gehört die Entwicklung von Konzepten zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur Straßen-Wege-Plätze inkl. Ingenieurbauwerke (Brücken) und deren Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen unter technischen und kaufmännischen Gesichtspunkten (NKF/Doppik). Des Weiteren ist er erfolgreich aktiv auf dem Gebiet der Erstellung von kommunalen Straßen- und Wegekonzepten, insbesondere von ländlichen Wegenetzkonzepten (sog. Wirtschaftswegekonzepte). Als Dozent ist er bundesweit für zahlreiche Studieninstitute und Kommunalakademien tätig, für das KBW e.V. engagiert er sich seit 2005. Darüber hinaus ist Herr Mende Verfasser zahlreicher Fachbeiträge zum Thema Straße/Doppik.

Herr Michael Oettinger ist bei der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) Senior Manager im Bereich Accounting Advisory und hat einen Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich öffentliches Rechnungswesen. Als Autor des Buches „EPSAS-Leitfaden - Einführung europäischer Rechnungslegungsstandards“ hat er sich umfangreich mit dem Thema Accounting Standards im öffentlichen Sektor beschäftigt. Vor seiner Tätigkeit bei PwC war er im Account Management für öffentliche Kunden bei verschiedenen Softwareherstellern und als Berater bei IBM und PwC tätig. Er hat Betriebswirtschaft in Augsburg und Oviedo studiert.

Frau Mechthild A. Stock ist Inhaberin der „Mechthild A. Stock - Büro für Kommunalberatung GmbH“ in Ratingen. Auf der Grundlage langjähriger Erfahrungen, u. a. als Kämmerin und Beigeordnete, berät sie in den Bereichen Finanzwirtschaft, Organisation und Personalentwicklung einschließlich Integritätsmanagement, aber auch bei der Implementierung Interner Kontrollsysteme und des Risikomanagements Körperschaften und Unternehmen der öffentlichen Hand.

Herr Joachim Teschke ist Stadtkämmerer und Abteilungsleiter Finanzen und Gebäudewirtschaft der Stadt Bargteheide und hat die Kommune seit 2001 auf ihrem Weg in die Schuldenfreiheit, die am 15.11.2007 eingetreten ist, begleitet. Die Stadt ist trotz erheblicher Gewerbesteuererbrüche während der Finanzkrise und anderer Widrigkeiten bis heute schuldenfrei. Herr Teschke ist zudem Geschäftsführer der Stadtwerke Bargteheide GmbH. Darüber hinaus ist er seit vielen Jahren nebenberuflich als Dozent und Referent tätig und hat Städte und Landkreise bei der Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen unterstützt.

Herr Christian Trost ist Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater und Partner bei der Concunia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft. Er besitzt umfangreiche Beratungserfahrungen bei öffentlichen Körperschaften. Herr Trost leitet die kommunale Steuerabteilung der Concunia. Weiter ist er Autor verschiedener Veröffentlichungen sowie als Referent für steuerliche Themen im gesamten Bundesgebiet tätig.



zertifizierter Bildungsträger nach
► DIN EN ISO 9001:2008
► AZAV

Gürtelstraße 29a/30 (Steinbeis-Haus) * 10247 Berlin * Tel. 030 29 33 50 -0 * Fax 030 29 33 50 -39

E-Mail: info@kbw.de * Internet: www.kbw.de

Berlin, im Februar 2016

Fachtagung Kommunalfinanzen 2016 12. und 13. Mai 2016

**Aktuelle Entwicklungsprobleme der Kommunalfinanzen
(Fachtagung mit zwei parallelen Fachforen „Strategisches Finanzmanagement“ und „Neues Kommunales Rechnungswesen in der Praxis“)**

**Für Mitarbeiter/innen aus Kämmereien, dem Finanz- und Rechnungswesen,
dem Controlling, für Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreisen
sowie für weitere Interessenten (z.B. Rechnungsprüfer/innen)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einem leichten Überschuss schlossen 2014 die kommunalen Kernhaushalte das dritte Jahr in Folge im Plus ab - so das Ergebnis des KfW-Kommunalpanels 2015. Diese Entwicklung wird allerdings begleitet von Anzeichen zunehmender kommunaler Disparitäten. Einerseits ist der Anteil der Gemeinden mit guter oder sehr guter Finanzsituation gewachsen, andererseits hat die Zahl der Kommunen, die ihren Haushalt nicht ausgleichen konnten, ebenfalls leicht zugenommen. Besorgniserregend sind die hohen Kassenkredite. Die strukturelle Unterfinanzierung in vielen Städten und Gemeinden wird durch die neuen Belastungen infolge der hohen Zahl von Flüchtlingen verschärft.

Diese Probleme werden in unserer Fachtagung aufgegriffen und im Kreise der anwesenden Praktiker/innen diskutiert. In bewährter Weise findet die Fachtagung in zwei parallelen Fachforen statt. In einem Forum werden den Teilnehmer/innen aus erster Hand aktuelle Entwicklungstendenzen der Kommunalfinanzen und -finanzierung aufgezeigt. Ein zweites Forum hat spezielle Fragen der Umsetzung der kommunalen Doppik zum Gegenstand. Auch außerhalb der Vorträge besteht die Möglichkeit, mit den Referenten ins Gespräch zu kommen. Wie in den Vorjahren bietet die Tagung zu den einzelnen Themen unterschiedliche Lösungsansätze und unterstützt die Teilnehmer/innen, die komplexen Fragen der Praxis zu beantworten. Die Fachtagung richtet sich sowohl an langjährige wie auch erstmalig mit der Fachmaterie befasste Bedienstete. Die Teilnehmer/innen sind aufgerufen, ihre Praxisfälle in die Diskussion einzubringen.

Wir freuen uns, Sie zu dieser Tagung zu begrüßen

Dr. Andreas Urbich
Geschäftsführer
Kommunales Bildungswerk e.V.

Für die Tagung wurde ein Antrag auf Anerkennung der Veranstaltung zur Gewährung von Bildungsfreistellung/Bildungsurlaub gemäß § 11 Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) vom 24.10.1990 gestellt.

Donnerstag, 12. Mai 2016

09:30 Uhr	Eröffnung und Begrüßung Dr. Andreas Urbich, Geschäftsführer des Kommunalen Bildungswerk e.V.
09:45 Uhr	Schuldenbremse und Fiskalpakt - Chancen und Risiken aus kommunaler Sicht Prof. Dr. Thomas Lenk, Universität Leipzig Anfragen und Diskussion zum Vortrag
10:45 Uhr	Investitionen in öffentliche Infrastruktur: Schwarze Null verteidigen oder Niedrigzinsphase nutzen? Stefan Becker, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands Anfragen und Diskussion zum Vortrag
12.00 Uhr	Arbeitsessen
Ab 13:00 Uhr: Fortsetzung der Tagung in zwei parallelen Fachforen	

Fachforum „Strategisches Finanzmanagement“

13:00 Uhr	Bonitätsbewertung der öffentlichen Hand durch Ratingagenturen, insbesondere die Einschätzung der (kommunalen) Zahlungsfähigkeit Guido Bach, Ratingagentur Fitch Deutschland GmbH Anfragen und Diskussion zum Vortrag
14:00 Uhr	Kommunikationspause
14:30 Uhr	Alternative Finanzierungsformen: Anleihen und Schuldscheine - (in wie weit) sind deutsche Kommunen und ihre Unternehmen kapitalmarktfähig? Milon Jenßen, Deutsche Industriebank AG Anfragen und Diskussion zum Vortrag

Fachforum „Neues Kommunales Rechnungswesen in der Praxis“

13:00 Uhr	IPSAS, EPSAS und kein Ende? Zum aktuellen Stand der Einführung einheitlicher europäischer Rechnungslegungsstandards Michael Oettinger, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anfragen und Diskussion zum Vortrag
14:00 Uhr	Kommunikationspause
14:30 Uhr	Abgrenzungen zwischen Investitionen und Instandhaltungen beim Straßenvermögen - worauf in der Praxis zu achten ist Bernd Mende, Ge-Komm GmbH Anfragen und Diskussion zum Vortrag
Für Interessenten: 16:00 Uhr Beginn des Rahmenprogramms 20:00 Uhr Arbeitsessen	

Freitag, 13. Mai 2016

Fachforum „Strategisches Finanzmanagement“

09:00 Uhr	Kommunale Einnahmen erhöhen - von den Möglichkeiten und Grenzen der Erhebung kleiner Gemeindesteuern Elisabeth Buchberger, Richterin am Bundesverwaltungsgericht Anfragen und Diskussion zum Vortrag
10:15 Uhr	Kommunikationspause
10:45 Uhr	Steuerliches Risikomanagement in der Verwaltung. Die Kommune als Steuerzahlerin Christian Trost, Conconia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Anfragen und Diskussion zum Vortrag
11:45 Uhr	Praxisbericht: Vom schwierigen Weg zur nachhaltigen Schuldenfreiheit Joachim Teschke, Kämmerer der Stadt Bargteheide Anfragen und Diskussion zum Vortrag

Fachforum „Neues Kommunales Rechnungswesen in der Praxis“

09:00 Uhr	Kommunale Pensionsverpflichtungen im Lichte der Doppik Mechthild A. Stock, Mechthild A. Stock Büro für Kommunalberatung GmbH Anfragen und Diskussion zum Vortrag
10:15 Uhr	Kommunikationspause
10:45 Uhr	Praxisprobleme bei der Aufstellung der doppelischen Jahresabschlüsse Torsten Arends, Uelzener Doppik Beratungsgesellschaft mbH Anfragen und Diskussion zum Vortrag
11:45 Uhr	Der Umgang mit offenen Forderungen im doppelischen Haushalts- und Rechnungswesen Christoph Lehmitz, Institut für Public Management (IPM) Anfragen und Diskussion zum Vortrag

Für Interessenten:
gg. 13:15 Uhr Arbeitsessen
gg. 14:00 Uhr **Ende der Tagung**

Kurze Inhaltsangaben zu den Vorträgen

Prof. Dr. Thomas Lenk
Schuldenbremse und Fiskalpakt - Chancen und Risiken aus kommunaler Sicht

Mit der Ratifizierung der schuldenbegrenzenden Regelungen im Jahr 2009 versuchte der Gesetzgeber, auf die hohe Staatsverschuldung auf Bundes- und Länderebene zu reagieren. Dies wird sich allerdings indirekt auch auf die kommunale Ebene auswirken. Neben möglichen kommunalen Mehrbelastungen im Zuge von Aufgabenverlagerungen auf die Städte und Gemeinden wird erwartet, dass sich die Länder zur Einhaltung der Schuldenbremse auf Kosten ihrer Kommunen fiskalisch durch Reduzierung der Landesinvestitionen sanieren werden, z. B. in Form der Kürzung der Städtebauförderung oder Reduzierungen der kommunalen Förderprogramme. Mit einer ähnlichen fiskalischen Intention wurde der europäische Fiskalpakt implementiert, wenngleich sich die Ausgestaltungsdetails von der nationalen Schuldenbremse in wesentlichen Punkten unterscheiden. Während sich die nationale Schuldenbremse gem. Art. 109 Abs. 3 GG auf die föderalen Ebenen „Bund“ und „Länder“ beschränkt, erfasst der Fiskalpakt den öffentlichen Gesamthaushalt. Folglich schließt er die Kommunen und die Sozialversicherungsträger unmittelbar ein. Der Referent wird in seinem Vortrag die gesamte Spannweite der Verschuldung der öffentlichen Hand behandeln und Szenarien für die Auswirkung der Schuldenbremse und des Fiskalpakts auf die Kommunen darstellen.

Stefan Becker Investitionen in öffentliche Infrastruktur: Schwarze Null verteidigen oder Niedrigzinsphase nutzen?

Die Diskussion über mehr Mittel für Investitionen in die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur hält an. Die Finanzierung dieser Investitionen aus öffentlichen Mitteln wird häufig in einem Spannungsfeld mit dem haushaltspolitischen Stabilitätsziel der Bundesregierung und den Konsolidierungszielen kommunaler Haushalte gesehen. Das Einbeziehen von privatem Kapital wird kritisch diskutiert. Die erforderlichen Infrastrukturprojekte bleiben aus oder erfordern einen langen Planungsvorlauf. Für die öffentlichen Banken ist die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur ein Kerngeschäft. Für Anschubfinanzierungen und langfristige Investitionsfinanzierungen halten Landesbanken und Förderbanken die bewährten Instrumente der Kommunalfinanzierung, Projektfinanzierung, Struktururfonds und Fördermaßnahmen vor. Können aber allein Zuschüsse und Kredite aus öffentlichen Mitteln den Investitionsstau bei der Infrastrukturmodernisierung noch schließen? Die Diskussion über die Infrastrukturfinanzierung zeigt, dass eine Erhöhung der Schlagzahl bei der Modernisierung unserer Infrastruktur dringend geboten ist. Das derzeitige Niedrigzinsniveau bietet die beste Voraussetzung, die Chance der historisch niedrigen Finanzierungskosten für die Infrastrukturmodernisierung konsequent zu nutzen. Der Referent präsentiert die aktuellen Entwicklungen der Infrastrukturfinanzierung aus der Perspektive der öffentlichen Banken und wendet sich dabei folgenden Schwerpunkten zu:

- Warum brauchen wir mehr öffentliche Investitionen?
- Sind die Empfehlungen der „Fratzcher-Kommission“ hilfreich?
- Wie kann die Stärkung der kommunalen Infrastruktur finanziert werden?
- Eigenen sich nutzerorientierte Projektfinanzierungen?
- Welche Vorteile bieten Lebenszykluskonzepte?
- Oder doch konventionell? Wie sieht die Zukunft für den Kommunalkredit aus?

Guido Bach Bonitätsbewertung der öffentlichen Hand durch Ratingagenturen, insbesondere die Einschätzung der (kommunalen) Zahlungsfähigkeit

Emittenten mit einem hohen und regelmäßigen Refinanzierungsbedarf nutzen im Wesentlichen den Kapitalmarkt. Dies ist sehr oft von einem Rating begleitet. Gerade bei der Vergabe von Anleihen, insbesondere bei internationaler Platzierung, bietet ein Rating zahlreiche Vorteile. Neben der Einstufung in eine bestimmte Bonitätsklasse auf einer international gültigen Ratingskala, verhilft ein Rating zu mehr Transparenz. Der Ratingprozess unterliegt einer dezidierten Prüfung bestimmter Faktoren, die das Rating bestimmen. In Abhängigkeit der gemäß dem Ratingansatz berücksichtigten Faktoren, werden bei den unterstaatlichen Einheiten vor allem die Einnahmen und Ausgaben sowie die Verschuldung des Emittenten untersucht, bewertet, die wesentlichen (Kenn-)Zahlen in einem Schaubild dargestellt und mit internationalen Emittenten der entsprechenden Ratingklasse verglichen. Fitch Ratings hat sich mit der kommunalen Finanzsituation auseinandergesetzt und sieht einen wachsenden Bedarf seitens der Kommunen für ein Rating, welches bei einem Kapitalmarktauftritt durchaus sehr hilfreich sein kann. Der Referent präsentiert auf Basis öffentlich zugänglicher Daten die jüngsten Entwicklungen der Kommunalfinanz und der Verschuldung der Kommunen aus der Perspektive einer Ratingagentur und erläutert die wesentlichen Faktoren, die die Bonitätseinschätzung einer Kommune in Deutschland determinieren unter besonderer Berücksichtigung der institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland, wobei er sich folgenden Schwerpunkten zuwendet:

- Die Entwicklung der kommunalen Finanzen und Verschuldung
- Wesentliche Kennzahlen zur Ermittlung der kommunalen Bonität
- Der Ratingprozess und Fitch Ratings Einschätzung der Bonität von deutschen Kommunen

Milon Jenßen Alternative Finanzierungsformen: Anleihen und Schuldscheine - (in wie weit) sind deutsche Kommunen und ihre Unternehmen kapitalmarktfähig?

Deutschlands Kommunen und ihre Unternehmen stehen zunehmend veränderten, vielfach verschlechterten Finanzierungsbedingungen gegenüber. Wesentliche Ursache dafür sind die hohen Verbindlichkeiten, die viele öffentliche Haushalte belasten. Gleichzeitig ist ein erheblicher Investitionsstau in Bezug auf die Erhaltung und Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur entstanden. Wesentliche Ursache ist die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Länder, die insbesondere in strukturschwachen Regionen in einer strukturellen Verschuldung mündet. Um Kredite zu refinanzieren und sich ein Minimum an finanzieller Unabhängigkeit zu erhalten, setzen viele Städte und Gemeinden deshalb mittlerweile in hohem Umfang auf die Aufnahme kurzfristiger Kassenkredite. Gleichzeitig wurden im Zuge von Basel III verschärfte Bilanzierungsregeln für Kommunalkredite eingeführt. Diese Veränderung, aber auch ein geringeres Vertrauen in die Kreditfähigkeit öffentlicher Institutionen, hatte den Rückzug einiger Bankhäuser aus diesem Bereich zur Folge. In seinem Vortrag beleuchtet der Referent die sich daraus

ergebenden Folgerungen, sowohl für die Kommunen als auch für ihre sich oftmals selbst finanzierenden Unternehmen. Schwerpunktmäßig konzentriert er sich auf die Fragen:

- Inwieweit kann der Kapitalmarkt als Ersatz für zunehmend rückläufige Mittel aus traditionellen Quellen dienen?
- Welche Instrumente können dabei zum Einsatz kommen?
- Welche aktuelle Betrachtungsweise verfolgen (potentielle) Investoren?

Basis seines Vortrages ist u.a. die Studie „Kommunalfinanzierung - sind Deutschlands Städte kapitalmarktfähig?“, eine Gemeinschaftsarbeit der Agentur IR.on AG und der IKB, sowie aktuelle Erkenntnisse, die die IKB durch ihr Kundengeschäft täglich fortschreibt.

Michael Oettinger IPSAS, EPSAS und kein Ende? Zum aktuellen Stand der Einführung einheitlicher europäischer Rechnungslegungsstandards

Die Europäische Union plant unter dem Stichwort EPSAS (European Public Sector Accounting Standards) die Einführung europaweit gültiger Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor, also Vorgaben wie die ca. 17.500 Kommunen, Landes- und Bundesbehörden in Deutschland zukünftig ihre Finanzen darstellen sollen. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission vorangetrieben und soll in den nächsten 4 bis 5 Jahren zu einer verbindlichen Verordnung führen. 2015 ist es zwar um das Thema wieder ruhiger geworden, aber die Arbeit in den Arbeitsgruppen geht weiter. Andererseits existieren auf internationale Ebene die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards), die von der IFAC (International Federation of Accountants) entwickelt wurden und in einigen Ländern und internationalen Organisationen schon Anwendung finden. Die Standards werden in den entsprechenden Gremien laufend ergänzt und angepasst. Der Referent wird in seinem Vortrag auf die folgenden Fragen eingehen:

- Wie ist der Stand der Entwicklung im Rahmen von EPSAS und IPSAS?
- Wie groß wird der Unterschied zwischen EPSAS und IPSAS sein?
- Werden die EPSAS als verbindlichen Standard kommen und ab wann ist damit zu rechnen?
- Was kommt auf die Kommunen zu?
- Was bedeutet das für die IT-Systeme?
- Wie geht es weiter?

Bernd Mende Abgrenzungen zwischen Investitionen und Instandhaltungen beim Straßenvermögen - worauf in der Praxis zu achten ist

Mit Umstellung von der Kameralistik auf das doppische kommunale Finanzwesen haben sich bei der Haushaltsplanung und der Maßnahmenabwicklung erhebliche Veränderungen ergeben. Einen entscheidenden Punkt bildet dabei die Abgrenzung von Investitionen und Instandhaltungen, gerade auch in Bezug auf das Straßenvermögen. In der Praxis ergeben sich diesbezüglich immer wieder Fragen, die sich nur unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls beantworten lassen. In dem Vortrag wird auf Basis allgemeiner Grundsätze die praxisrelevante Betrachtung von Beispielfällen vorgenommen. Des Weiteren werden konkrete und praxiserprobte Hinweise zur Erstellung von individuellen kommunalen Aktivierungsrichtlinien gegeben.

Elisabeth Buchberger Kommunale Einnahmen erhöhen - von den Möglichkeiten und Grenzen der Erhebung kleiner Gemeindesteuern

Viele Städte und Gemeinden suchen nach Wegen, ihre Kassenlage zu verbessern. Wenige Spielräume bieten ihnen die großen Einnahmeposten, wie die Einnahmen über den kommunalen Finanzausgleich, ihre Einkommen- und Umsatzsteueranteile, Gewerbe- und Grundsteuer. Das Steuerfindungsrecht der Gemeinden wird deshalb gerne genutzt, die Einnahmen wenigstens in kleinem Umfang zu erhöhen. Jedoch stößt die Erschließung neuer Steuerquellen auf vielerlei Hürden. Den Rahmen gibt Art. 105 Abs. 2a GG vor. Die Referentin wird diesen Rahmen darstellen und die sich bei der Ausschöpfung der Steuerquellen jeweils ergebenden Grenzen anhand der bereits bestehenden Steuern erläutern sowie auf vielfältige Rechtsfragen eingehen, u.a.:

- Welche Rechtsfragen entstehen häufig bei den bereits bestehenden Steuern?
- Gibt es Möglichkeiten der Steuererhöhung für bereits bestehende Kommunalsteuern?
- Welche Faktoren begrenzen die Steuererhöhung?
- Sind Gemeinden bei der Wahl des Steuergegenstandes im Rahmen des Art. 105 Abs. 2 a GG frei?
- Welche Grenzen müssen neue Steuern einhalten?

Christian Trost Steuerliches Risikomanagement in der Verwaltung. Die Kommune als Steuerzahlerin

Die Besteuerung der öffentlichen Hand rückt zunehmend in den Fokus der Finanzverwaltung und veranlasst immer häufiger Betriebsprüfungen. Der Druck auf die gesetzlichen Vertreter der Kommunen und kommunalen Einrichtungen, einer steuerlichen Pflichterfüllung entlastend nachzukommen, wächst vor dem Hintergrund einer steten Reformierung der Steuergesetzgebung. Insbesondere die jüngsten Entwicklungen im Umsatzsteuerrecht zur Anpassung der nationalen Rechtsprechung an das europäische Gemeinschaftsrecht verlangen nach einer umfassenden Durchleuchtung der Verhältnisse unter steuerlichen Aspekten. Die Analyse erstreckt sich neben der ertragsteuerlichen Betrachtung, die im Rahmen einer wirtschaftlichen Betätigung der juristischen Person des öffentlichen Rechts (jPdöR) an den Betrieb gewerblicher Art knüpft, durch die Ausweitung des umsatzsteuerlichen Unternehmerbegriffs infolge der Aufhebung des § 2 Abs. 3 UStG und Neueinführung des § 2b UStG künftig auch auf Tätigkeitsbereiche außerhalb von Betrieben gewerblicher Art. Der Referent thematisiert in seinem Vortrag insbesondere Aufbau und Organisation der Verwaltung zur vollumfänglichen und fristgerechten Erfassung steuerrelevanter Sachverhalte und zeigt typische Problembereiche auf Grundlage von Praxisbeispielen auf.

Joachim Teschke Praxisbericht: Vom schwierigen Weg zur nachhaltigen Schuldenfreiheit

Viele Kommunen befinden sich - mit unterschiedlichem Erfolg – auf einem Konsolidierungskurs. Einige waren bereits sehr erfolgreich, stellen aber fest, dass nach der Konsolidierung weitere erhebliche An-